

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 1 -

Wahlprogramm der SPD-Gütersloh für die Rats-Legislatur 2009 bis 2014

Gliederung:

A. Prolog – Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Gütersloh

B. Soziale Gerechtigkeit für Gütersloh

1. Die soziale Stadt
2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie
3. Wohnraum zum Leben
4. Sicherung der Lebensqualität

C. Städtebauliche-Entwicklung in Gütersloh

1. Entwicklung der Innenstadt
2. Standortpolitik

D. Klimafreundliches Gütersloh

E. Zukunft durch Bildung

1. Bildung in der lernenden Gesellschaft
2. Kinder und Jugendpolitik in Gütersloh

F. Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur und der Kommune

1. Kommunale Entscheidungsfreiheit
2. Verbraucherpolitik

G. Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in der Kommune

1. Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune
2. Gleichberechtigung von Frauen und Männern
3. Weltoffenheit und Toleranz
4. Kommune als Kulturraum

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 2 -

A. Prolog

Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Gütersloh

Eine solidarische Bürgergesellschaft in der Kommune ist für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägt den Alltag der Menschen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen.

Als sich vor über 100 Jahren SozialdemokratInnen in Gütersloh zusammenschlossen, war die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes eines ihrer wichtigsten politischen Ziele. Wir knüpfen an diese guten demokratischen Traditionen der Sozialdemokratie an und unsere Aufgabe ist es immer wieder, sie in neuer Zeit schöpferisch anzuwenden.

Herausforderungen an die Kommunalpolitik

Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in der Zukunft groß: Angefangen mit den Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene, über den demografischen Wandel der Bevölkerungsstruktur, bis zu den ökologischen Herausforderungen infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen viele Entwicklungen die Kommunalpolitik vor neue Aufgaben. Darauf reagieren wir nicht pessimistisch, sondern mit dem politischen Willen zur Gestaltung auf der kommunalen Ebene.

Wir Sozialdemokraten wollen gute Lebensbedingungen für alle Menschen in Gütersloh. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität in der Kommune bieten.

Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik

Unsere Kommunalpolitik ist an unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Deshalb sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik auch vor Ort.

Sie respektiert die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und leistet ihren Beitrag zum Gelingen einer menschenfreundlichen Kommune. Wir betrachten das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe als ein zentrales Kriterium kommunaler Sozialpolitik.

Die SPD steht für demokratische, soziale, integrative und damit zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt.

Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der Bürgerinnen und Bürger, auf der die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen konkret und fassbar werden.

In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und einem zusammenwachsenden Europa ist es vor allem die regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 3 -

Kommunalpolitik als lebendige Demokratie

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Demokratie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller Einwohnerrinnen und Einwohner. Ihr Engagement ist notwendig und erwünscht.

Kommunale Selbstverwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft. Die Verantwortung für das Gemeinwohl bleibt eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine Kommunikationskultur der verschiedenen Akteure. Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen.

B. Soziale Gerechtigkeit in Gütersloh

1. Die soziale Stadt

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle BewohnerInnen zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt zu verbessern. Wir wollen barrierefreie und generationsübergreifende Wohnformen. Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum und Nebenkosten sowie für neue Wohnformen im Alter ein. Damit auch die älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir die Potentiale des aktiven Alters heben und bürgerschaftliches Engagement gerade der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern. Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert werden.

Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Qualifikation sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln gefragt.

Chancen nutzen

Die soziale Stadt ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Wir wollen eine soziale Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen, mit der sie sich gerne identifizieren und in der die Menschen sich umeinander kümmern und füreinander einstehen. Wir wollen eine Stadt mit hoher Lebensqualität für alle BürgerInnen, die sie als ihre Heimat wahrnehmen und die sie gestalten wollen.

Wir wollen eine lebendige Stadt, die den Menschen Chancen bietet, ihre Talente zur Geltung zu bringen, ihrem Beruf nachzugehen, ihre Freiheit zu nutzen und sich selbst verwirklichen zu können.

Jenseits des materiellen und kulturellen Reichtums der Kommune, ihrer Vielfalt und Attraktivität ist die Stadt auch Kristallisationskern gesellschaftlicher Veränderungen und Probleme.

Wir wollen uns mit sozialen Brennpunkten, Armut und Obdachlosigkeit nicht abfinden; sie stehen in krassem Gegensatz zum wirtschaftlichen Erfolg eines großen Teils der Bevölkerung.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 4 -

Vorbeugende Leistungen

Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen unabhängig zu machen.

Alle kommunalpolitischen Instrumente und Möglichkeiten müssen dazu genutzt werden, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erkennen und nachhaltig wirksam für soziale Gerechtigkeit und Integration aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen. Der erste Ansatz unserer Problemlösungen setzt an den Ursachen an.

Vorbeugen

Frühes Vorbeugen ist besser als spätes Heilen. Der zweite Ansatz orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Fördern und Fordern. Gleichmaßen muss aber auch konkrete Hilfe geleistet werden. Fehlentwicklungen müssen behoben werden.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass soziale Dienste nicht erst aktiv werden, wenn die Menschen zu Fällen geworden sind und als Anspruchsberechtigte Dienstleistungen nach den Sozialgesetzen erhalten. Die präventive Arbeit muss wieder deutlich verbessert werden.

Kooperationen

Wir wollen eine querschnittsorientierte Kommunalpolitik, die das reine Ressortdenken überwindet. Stadtentwicklung und Planungsrecht, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, Jugendhilfe und kommunale Bildungs- und Familienpolitik müssen durch Vernetzung und Kooperation zunächst den gesamtstädtischen Zielen verpflichtet sein.

Ähnliches gilt für die Zusammenführung und Moderation unterschiedlicher öffentlicher, kirchlicher und freier Träger und Einrichtungen untereinander, mit Formen der Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichen Tätigen. Vorsorgende kommunale Sozialpolitik umfasst viele Teilbereiche der Kommunalpolitik; auf der Grundlage einer systematischen Sozialplanung sollte sie sich vor allem an Sozialräumen orientieren.

Sozialer Zusammenhalt

Sozialdemokratische Sozialpolitik setzt sich in Gütersloh für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft ein. Sie versteht sich aber nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderen materiellen Notlagen. Wir wenden uns gegen die soziale Abgrenzung der gesellschaftlichen Gruppen voneinander und wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken.

Lokale Verantwortung

Für SozialdemokratInnen ist Arbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie ist auch Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und das Selbstwertgefühl der Menschen. Auch wenn die

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 5 -

Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene begrenzt sind, nehmen wir unsere lokale Verantwortung bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahr.

Zur Förderung neuer Arbeitsplätze gehören auch solche für behinderte Menschen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik unterstützt die Arbeit der Integrationsämter bei den Landschaftsverbänden, die die Errichtung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen finanzieren und Anreize für Arbeitgeber schaffen, wie dies beispielhaft in Gütersloh geschieht.

Kommunaler Sachverstand muss bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit verbindlich eingebunden werden. Die lokalen und regionalen Kenntnisse über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsstruktur sind für die gezielte Förderung unverzichtbar. Dabei liegt die Hauptverantwortung allerdings weiterhin bei der Bundesebene.

Fördern und Fordern

Vor Ort organisierte öffentlich geförderte Arbeit kann einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Wir verfolgen das Prinzip „Fördern und Fordern“. Allen Arbeitssuchenden soll eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit geboten werden. Zudem müssen die Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifikation für Arbeitssuchende verbessert werden. Wir fordern aber auch die Mitverantwortung der Betroffenen im Einzelfall. Unser Leitbild ist die Förderung guter Arbeit und nicht die Alimentionation von Arbeitslosigkeit.

Gleichwohl halten wir Einrichtungen für erforderlich, damit diejenigen Personen, die nur in Ausnahmefällen eine Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben, Beschäftigung finden. Die Einrichtungen sollen kundenfreundlich und kundenorientiert sein. Die Qualität der Einrichtungen kann an den Vermittlungserfolgen gemessen werden.

2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist der Umgang mit und die Fürsorge für die Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Viele gut funktionierende kommunale Netzwerke haben Ideen entwickelt und auf ihre Wirksamkeit in der Praxis hin überprüft, sodass das sprichwörtliche Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss.

Junge Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren und brauchen Entlastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ gut ausgestattete Einrichtungen mit ausreichenden und flexiblen Öffnungszeiten im Anschluss an die Elternzeit. Kindergärten und Kinderkrippentagesstätten sind wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Lebenschancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft entscheidend sind. Bildung ist für uns ein Grundrecht, von der Geburt bis hin zur Hochschulausbildung. Deshalb setzen wir uns von Beginn an für eine baldige Elternbeitragsfreiheit für Tageseinrichtungen ein.

Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschiedlich. Auch deswegen wollen wir eine optimale Betreuung und schnelle Integration behinderter Kinder. Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermöglichen, muss die Zusammenarbeit und Verknüpfung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ausgebaut werden.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 6 -

Soziale Infrastruktur und Sicherheit

In unseren Städten schafft die große Zahl von Menschen in den freiwilligen und Berufsfeuerwehren Sicherheit für die Menschen. Ein gut funktionierendes Rettungswesen ist für uns unverzichtbar. Die PolizistInnen in den Städten und Gemeinden tragen maßgeblich zu mehr Sicherheit in unseren Kommunen bei.

Die Sicherheitspartnerschaften sind ein Instrument zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit, die wir fortsetzen und ausbauen wollen. Innere Sicherheit ist aber nicht allein durch Überwachung und Sicherheitskräfte zu gewährleisten.

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes, eine gute soziale Infrastruktur, die Förderung einer „Kultur des Hinschauens“, Sozialarbeit, Bildung und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft sind die besten Bedingungen zur Verhinderung von Aggression und Gewaltdelikten.

Wir stimmen zu, dass die Kommune Sicherheit bieten soll, fordern aber gleichzeitig auch soziale Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die ihre Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer ausleben wollen.

Auf Grund der guten Fahrzeugbeleuchtung fordern wir eine Abkehr der bisherigen Handhabung bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung. So kann das reine Beleuchten der Verkehrsstraßen bis auf die Kreuzungsbereiche eingestellt werden. Wir wollen stattdessen eine bessere Ausleuchtung der Rad- und Gehwege.

Wir erwarten, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft künftig sogenannte „Schmuddelecken“ durch mehr Verantwortung und Transparenz verhindert.

Die Beleuchtung der Spielplätze in den Tagesrandzonen wird ausgebaut.

Als Treffpunkte für Jugendliche werden offene Angebote geschaffen. Dabei kommt der aufsuchenden Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu.

Wir erwarten, dass auch die Polizei die Sicherheit durch die Ausweitung von Fuß- und Fahrradstreifen verstärkt.

Wir wollen den Ausbau der Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum.

Ausbildung und Arbeit

Einer der zentralen Ansatzpunkte sozialer Stabilität in den Städten und Gemeinden besteht in der Schaffung bester Bildungseinrichtungen, angefangen mit der frühzeitigen Betreuung von Kindern über eine gute Schulausbildung bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss.

Ebenso wichtig sind die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines ausreichenden Arbeitsplatzangebotes für Männer und Frauen. Wir brauchen ein nachhaltiges systematisches Übergangsmangement von der Schule in den Beruf (Übergangskoaches). Die Förderung von Ausbildungsplätzen, das Schaffen von Verbundausbildungen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen ist ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit junger Menschen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Unterstützung ausbildungswilliger Betriebe. Ebenso benötigen wir Angebote zur Förderung der Ausbildungsreife von benachteiligten jungen Menschen, damit sie zukünftig im Ausbil-

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 7 -

dungs- oder Arbeitsmarkt eine Chance haben. Wir wollen auch die Jugendlichen unterstützen, die schon eine Ausbildung absolviert haben, aber in ihren Betrieben nicht weiterbeschäftigt werden können. Der soziale Arbeitsmarkt kann neue Chancen durch öffentlich geförderte Beschäftigung bieten. Diese Beschäftigungsmöglichkeiten können zeitlich begrenzt angeboten werden, wie z.B. die Jobperspektive. Es ist jedoch ebenso notwendig, Arbeitsgelegenheiten für Menschen mit Benachteiligungen zu schaffen, die auf Dauer angelegt sind. Außerdem benötigen arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen ein unabhängiges Beratungsangebot. Darüber hinaus muss die kommunale Sozialpolitik den Zusammenhang mit anderen Handlungsfeldern herstellen und offensiv gestalten.

Ausbildung - Ausbildungsquote - Übernahme

Angesichts der demographischen Entwicklung und der Versäumnisse in der Ausbildung droht in den nächsten Jahren ein Fachkräftemangel auch im öffentlichen Sektor. Darum muss das Angebot an Ausbildungsplätzen so weit gesteigert werden, dass der voraussichtliche Personalbedarf in den nächsten Jahren gedeckt werden kann. Voraussetzung hierfür ist eine Altersstrukturanalyse der Beschäftigten. Die nach Bedarf Ausgebildeten müssen dann auch übernommen werden. Den über den eigentlichen Bedarf hin Ausgebildeten sollte eine zumindest befristete Perspektive im erlernten Beruf angeboten werden. Bei der Gewinnung junger Menschen sollten vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden, um auch im Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge der kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männer ist dabei durchgehend zu berücksichtigen. Ohne eine gewisse Sicherheit in Beruf und Zukunft werden junge Menschen in Gütersloh kein Haus bauen, keine Familie gründen oder sich nicht ehrenamtlich engagieren.

Stadtteilentwicklung

Stadtteilentwicklung begreifen wir als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe, sie muss mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort vernetzt werden (Verbände, Vereine, Interessengemeinschaften etc.). Wir wollen, dass Armutsbekämpfung ein integraler Bestandteil kommunaler Sozialpolitik ist.

3. Wohnraum zum Leben

Nach wie vor kommt der sozialen Wohnraumförderung eine große Bedeutung zu. Auf der einen Seite sind die kommunalen Wohnungsunternehmen gehalten, die eigenen Verbrauchskosten an ihrem Gebäudebestand und die ihrer Mieter durch Energiemanagement und wärmetechnische Verbesserungen an Gebäuden zu senken. Auf der anderen Seite müssen Anreize für private Vermieter von Wohnraum geschaffen werden, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren.

Die Einführung der Energieausweise für Wohngebäude stellt mehr Transparenz am Wohnungsmarkt her. Auch über einen „ökologischen Mietspiegel“ kann ein Merkmal für die Bestimmung der Angemessenheit der Miethöhe gebildet werden. Die Stadt soll aus sozialen und ökologischen Gründen durch energetische Verbesserungsmaßnahmen für städtische Wohnungen eine Vorreiterrolle übernehmen. Ebenso muss für die Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose die energetische Beschaffenheit der Wohnung ihren Niederschlag finden.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 8 -

Der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum kommt aber auch angesichts der veränderten Altersstrukturen in der Bevölkerung große Bedeutung zu. Insbesondere die wachsende Anzahl von Haushalten mit älteren Menschen und ihren Wünschen und Bedürfnissen, gemeinsam in Wohngemeinschaften zu leben, stellt neue Aufgaben für die Wohnungswirtschaft dar. Die SPD Gütersloh setzt sich dafür ein, dass unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger die Wahl haben können, zwischen bedarfsgerechten Wohnformen in der Innenstadt, als auch in den Ortsteilen, entscheiden zu können.

Als allgemeines Lebensrisiko ist „Pflegebedürftigkeit“ ein „Normalfall“ menschlichen Lebens und bedarf daher der systematischen Berücksichtigung in der Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung (barrierefreies Wohnen, Wohnen mit Service, Neue Wohnformen).

Gestaltung des Bevölkerungswandels

Umfang und Tiefe der Veränderungen der Bevölkerungsstruktur geben dem demografischen Wandel einen besonderen Stellenwert. Demografischer Wandel bedeutet aber keineswegs nur Risiken, sondern auch Chancen für eine vorsorgende Sozialpolitik, die wir nutzen wollen.

Die Feststellung „weniger, älter, bunter“ muss konkret vor Ort übersetzt werden und in einer eigenständigen Analyse mit Handlungsschritten versehen werden. Demografietrainings für politische Entscheider können zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso hilfreich sein, wie Handlungskonzepte, die den Anpassungsbedarf konkret erfassen, um Entmischungen nach sozialen Gruppen oder Merkmalen frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.

Auf der Grundlage des Demografieberichtes konnten in Gütersloh schon die ersten Handlungsempfehlungen beschlossen werden.

Wir wollen, dass sich die Stadt der Zukunft der demografischen Entwicklung stellt und älteren Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wir wollen die Älteren motivieren, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für die Menschen in unseren Städten und Gemeinden einzubringen.

Kommunale Seniorenpolitik muss sich an neuen Altersbildern ausrichten und die Bedürfnisse der „Rentengeneration“ mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen differenziert berücksichtigen. Ein entsprechend vielfältiges, zeitgemäßes und qualifiziertes Angebot soll die Selbständigkeit der älteren Generation erhalten und fördern.

Lebenslanges Lernen bildet die Grundlage einer den aktuellen Erfordernissen entsprechenden Seniorbildung, daneben wollen wir eine kinder- und familienfreundliche Stadt mit guten Kindergärten und Schulen, denn nur eine zukunftsorientierte Betreuung und Bildung trägt zur Vermeidung von Armutrisiken bei.

Kommunale Infrastruktur

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die kommunale Infrastruktur den Bedürfnissen alter und behinderter Menschen angepasst wird. Der altersgerechte Umbau von Wohnraum und ein bedarfsorientiertes Angebot ambulanter und (teil)stationärer Hilfen zählen hierzu ebenso wie die Umnutzung öffentlicher Einrichtungen und die Mobilisierung der Kompetenzen und Erfahrungen nicht mehr berufstätiger Menschen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 9 -

Pflegebedürftigen Menschen wollen wir die Möglichkeit eröffnen, möglichst lange und möglichst selbstständig in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben und zu leben.

Hieraus ergeben sich nicht nur Herausforderungen für die pflegerischen und pflegeergänzenden und unterstützenden Angebote, sondern auch hinsichtlich der Anpassung der Wohnquartiere an die entsprechenden Bedarfslagen. Die damit verbundenen Problemstellungen sollen zur Regelaufgabe der kommunalen Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung werden.

Neue Allianzen für die Zukunft

Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Stadt ist ein grundgesetzlicher Auftrag, zu dem wir SozialdemokratInnen uns bekennen. Es geht um die Verbesserung von Lebensbedingungen, die Chancengleichheit für Einzelne und Solidarität in und zwischen den Teilräumen.

Gute Lebensqualität erfordert kommunal und regional flexible Lösungen, bei denen neue Dienstleistungen entstehen und neue Technologien eine Rolle spielen.

Neue Formen der Zusammenarbeit

Es wächst die Einsicht, dass Stadtregionen und Verdichtungsräume als regionale Wachstumsmotoren neue Formen der Zusammenarbeit benötigen. Deshalb muss Fragen der regionalen Zusammenarbeit noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es kommt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf die Stadt und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können und Synergien durch regionale Kooperation zu erreichen.

Die Entwicklungsdynamik von Wirtschaft und Bevölkerung wird künftig in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft und sinkenden Bevölkerungszahlen stehen Wachstumsregionen mit verstärkten Zuzügen gegenüber. Zu diesen Wachstumsregionen gehört Gütersloh. Das wollen wir auch für die Zukunft sicher stellen.

Allerdings brauchen wir für den Fall stagnierender Bevölkerungszahlen neue städtebauliche Konzepte für die Innenentwicklung unserer Stadt. Wir benötigen Ideen für die Wiedernutzung brach gefallener Gebäude und Flächen, mit denen wir neue Qualitäten und Perspektiven schaffen müssen. Wir wollen Nahversorgungszentren und Orte der Begegnung in unseren Stadtteilen erhalten und neue Angebote schaffen.

Versorgungssicherheit

Wir benötigen Zukunftskonzepte, die einerseits Veränderungen und Schrumpfungsprozesse aktiv bewältigen und andererseits Chancen der Umgestaltung nutzen. In Wachstumsbereichen muss Wohnungsmarktengpässen, Integrationsproblemen und sozialer Spaltung der Bevölkerung vorgebeugt werden, damit die Gefahr, den sozialen Zusammenhalt aufzulösen, entgegnet wird.

Dies stellt die Kommunalpolitik vor die dauerhafte Aufgabe, entsprechende Prozesse zu begleiten und Gefahren entgegenzusteuern.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 10 -

Die Gleichzeitigkeit und das direkte Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen in unterschiedlichen Bereichen schaffen jeweils unterschiedliche Problemkonstellationen. Die Kommune muss deshalb gemeinsam mit ihren Nachbarn eigene Antworten auf die Herausforderungen in ihrer Region suchen und Konzepte für die Zukunft ihrer Region entwickeln.

Vielfalt von Handelseinrichtungen

Die Vielfalt von Handelseinrichtungen in der gesamten Stadt muss die Versorgungsqualität in allen Stadtteilen garantieren. Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung dar. Wir wollen eine attraktive Stadt und lebenswerte Regionen. Deshalb brauchen wir neben einer Stadtentwicklungspolitik zur Förderung von Infrastruktur, Handel und Verkehr auch eine Unterstützung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit.

Kommunale Daseinsvorsorge

Die Kommunen haben die Aufgabe, für BürgerInnen effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten.

Wir SozialdemokratInnen haben einen umfassenden Begriff von kommunaler Daseinsvorsorge, der sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht, sondern auch die sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt umfasst. Auch die Organisation von Straßenbau und Straßenreinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Schulträgerschaft, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und öffentlicher Sicherheit gehören zur Daseinsvorsorge.

Die Leistungen der kommunalen Grundversorgung müssen bezahlbar bleiben. Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden, wobei auch die Bewahrung und Vermehrung des öffentlichen Eigentums von besonderer Bedeutung ist. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge sichergestellt werden.

Öffentliches Eigentum und Wirtschaften

Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge. Wir denken und handeln anders: SozialdemokratInnen lehnen privatwirtschaftliches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben. Das derzeitige Umdenken in der Wirtschaft, was sich in der Forderung nach mehr staatlichem Engagement ausdrückt, beweist, dass sich die Sichtweise der SPD diesbezüglich bewährt.

Dies wird besonders deutlich bei der Versorgung mit Energie und dem wichtigsten Rohstoff und Lebensmittel: Wasser. Des Weiteren im öffentlichen Personennahverkehr, bei der Entsorgung von Abfall und Abwasser und im Gesundheitsbereich.

Gute Lebensbedingungen als kommunale Aufgabe

Für uns ist die Stadt mehr als nur Standort privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzialisierter Sport- und Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 11 -

Die Versorgung mit preiswertem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bleibt, angesichts des demografischen Wandels, eine Aufgabe der kommunalen Wohnungswirtschaft. Projekte der Stadtentwicklung und Stadterneuerung können häufig nur mit öffentlichen Unternehmen umgesetzt werden. Deshalb sind kommunale Wohnungsunternehmen unverzichtbar. Dabei hat auch der genossenschaftlich getragene Wohnungsbau seinen Platz.

Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks mit Krediten.

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren und schwächen unsere Volkswirtschaft.

Kommunale Unternehmen sichern Arbeitsplätze, schaffen viele Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand. Öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer. Sie sind im regionalen und internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

4. Sicherung der Lebensqualität

Recht auf wirtschaftliche Betätigung

Kommunale Selbstverwaltung umfasst das Recht und die Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung. Ohne kommunale Unternehmen ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen gefährdet. Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Es muss Chancengleichheit im Interesse einer kostengünstigen Aufgabenerfüllung bestehen. Die Kommunen müssen die Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen selbst zu beeinflussen. Sie dürfen nicht ausschließlich von staatlichen Zuweisungen abhängig sein.

Erfolgreiche kommunale Unternehmen erwirtschaften Erträge für die örtliche Gemeinschaft und schütten eine soziale Dividende aus. Vereins- und Kulturförderung, umweltschonender Verkehr, Klimaschutz, Unterstützung des Breitensports und zahlreiche soziale Förderungen werden daraus finanziert.

Vorbildfunktion kommunaler Unternehmen

Wir erwarten eine verbraucherpolitische Vorbildfunktion der kommunalen Unternehmen. Die Menschen vor Ort erwarten, dass die Kommunen Verantwortung für die Daseinsvorsorge behalten und diese aktiv gestalten. Die Daseinsvorsorge darf nicht von privaten Gewinninteressen bestimmt werden. Vielmehr müssen kommunale Unternehmen so gestärkt werden, dass sie in wirksame Konkurrenz zu privaten Monopolen und Oligopolen treten können. Hierin unterscheiden sich SozialdemokratInnen von Vertretern neoliberaler Ansätze.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 12 -

Sicherung der Lebensqualität

Da die öffentliche Daseinsvorsorge der Grundversorgung und der Sicherung der Lebensqualität der Menschen dient, dürfen elementare Bedürfnisse, Güter und Dienstleistungen nicht zu beliebigen Waren gemacht werden, die ausschließlich Marktmechanismen unterliegen, weil damit ungerechte und unsoziale Folgen verbunden sind.

Wir wollen in der politischen Verantwortung für die Stadt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst erbracht, ein kommunales Unternehmen damit betraut, eine institutionelle oder vertragliche Öffentlich - Private - Partnerschaft eingegangen oder sie an private Unternehmen vergeben wird.

C. Städtebauliche-Entwicklung in Gütersloh

Aufgabenfelder der Stadtentwicklung

Wichtige Aufgabenfelder der Stadtentwicklung liegen in der Herausbildung und Erhaltung identitätsbildender Zentren mit einem funktionierenden Einzelhandel, in der Bewahrung historischer Bauwerke, in der Orientierung auf eine qualitätsschaffende Baukultur, der Stärkung der Innenstädte als Wohnstandorte und einer stadtverträglichen Verkehrsentwicklung. Dieser Weg ist noch nicht abgeschlossen.

Die Stadt der Kinder und Familien, der Jungen und der Alten ist als stadtpolitisches Ziel offensiv anzugehen, neue Lebensstile und Haushaltstypen sind zu berücksichtigen.

In der Standortpolitik müssen kommunale und regionale Stärken als Innovationsmotoren ausgebaut werden. Unvermeidbare Schrumpfungsprozesse müssen in gesamtstädtische Handlungsstrategien durch integrierte und regional abgestimmte Entwicklungskonzepte gestaltet werden.

Gleichermaßen muss Stadtentwicklungspolitik den ökologischen Herausforderungen im Zeichen von Klimaschutz und Flächenverbrauch Rechnung tragen. Dabei werden der öffentliche Personennahverkehr und die Organisation von Mobilität von wachsender Bedeutung sein.

Insgesamt bleibt die Städtebauförderungspolitik für benachteiligte Stadtteile und die Stärkung der Zentren notwendig als durchgreifende Strategie.

1. Entwicklung der Innenstadt

Attraktive Innenstadt; neue Einkaufsmagnete ansiedeln

Ein Ergebnis, der durch die SPD Gütersloh durchgeführten Bürgerbefragung „Fünf Minuten für deine Stadt“, war, dass sich die BürgerInnen der Stadt Gütersloh eine Weiterentwicklung vorhandener Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt wünschen. Insbesondere besteht lt. der Umfrage der Wunsch nach einem Lebensmitteleinzelhandel sowie einer Sortimentsausweitung. Der Stadt Gütersloh lagen hierzu zwei Vorschläge von Investoren vor. Ein Investor beabsichtige eine Neugestaltung des sog. „Wellerdiek-Geländes“. Das andere Bauvorhaben sah vor, die Baulücke am Kolbeplatz in Richtung Hauptbahnhof und ZOB zu schließen. Auf Grundlage des Ergebnisses unserer Befragung wird die SPD Gütersloh sich für eine zügige Bebauung des Kolbeplatzes in Richtung ZOB und Hauptbahnhof einsetzen. Die bestehenden baurechtlichen Voraussetzungen machen für die SPD eine zeitnahe Umsetzung des Projektes möglich. Die innerstädtische Weiterentwicklung darf dabei nicht zu Lasten der

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 13 -

bestehenden Einzelhandelsstruktur werden und Leerstände in den Bereichen der Fußgängerzone und ihrer Ausläufer hervorrufen.

Unabhängig von der Realisierung der Einzelhandelsprojekte sehen wir als Alternative für die Bebauung der zu überplanenden Flächen in der unmittelbaren Nähe des Hauptbahnhofes vielfältige Möglichkeiten zur Fortentwicklung der innerstädtischen Wohnbebauung.

2. Standortpolitik

Ausweisung von Gewerbefläche

Die SPD ist sich bewusst, dass die Ausweisung von genügend Gewerbeflächen notwendig ist, um der Ansiedlung von neuen Betrieben Raum zu geben. Vor dem Hintergrund der bestehenden Bebauungspläne setzen wir uns jedoch auch dafür ein, dass bevor über die Neuausweisung von Flächen verhandelt wird, bestehende Brachflächen bebaut werden müssen.

D. Klimafreundliches Gütersloh

Sozialdemokratische kommunale Umweltpolitik

Die SPD Gütersloh will die Umweltpolitik noch stärker in den Fokus der kommunalen Politik rücken. Dies nicht, weil es opportun erscheint, sich für ökologische Projekte und Politik zu engagieren, sondern weil es dem sozialdemokratischem Verständnis entspricht, dass die Gemeinschaft und die Politik sich für bessere Umweltbedingungen verantwortlich zeichnet. Dies zum Erhalt der derzeitigen Lebensbedingungen und letztlich zum Wohle und zur Sicherung eines noch funktionierenden Ökosystems für folgende Generationen.

Zur Verwirklichung unserer ökologischen Ziele möchten wir zum energieeffizienterem Haushalten motivieren und Anreize für die kommunale Versorgung durch regenerative Energieträger schaffen. Mit einer unabhängigen und verbesserten Beratung durch die Verwaltung soll den Menschen in Gütersloh ein verlässlicher und unabhängiger Partner zur Seite stehen, der bei der Umrüstung von Haushalten Hilfestellung geben kann.

Umweltgerechte und bürgerfreundliche Mobilität

Mobilität ist ein Element der Lebensqualität und eröffnet mehr Möglichkeiten, sich frei bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen die Auswirkungen des Verkehrs die Menschen und die Umwelt.

Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in den Städten zu ruinieren. Sie ist Teil der Klimaschutzpolitik auf lokaler Ebene.

Angesichts der Folgen des motorisierten Verkehrs ist Verkehrsvermeidung ein verkehrspolitisches Ziel. Kommunale Stadtentwicklungsplanung sollte deshalb kurze Wege ermöglichen.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 14 -

Fahrradfreundliche Stadt

Wir wollen eine fahrradfreundliche Stadt und setzen uns für die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum ein.

Umweltfreundliche Mobilität entspricht auch einem solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaftsmodell. Moderne Dienstleistungen wie Bring-Services oder Ähnliches vermeiden nicht nur Autoverkehr, sondern sie ermöglichen auch Teilhabe für diejenigen, die selbst nicht oder nicht mehr mobil sein können.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung durch den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer und die Verlagerung von Güterverkehren auf umweltfreundliche Transportmittel notwendig.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen einer sozialen Verkehrspolitik.

Verbesserung der Verkehrssicherheit

Das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs wird durch Sparmaßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung gefährdet und durch bürokratische organisatorische Veränderungen unnötig aufgeböhlt.

Die Finanzierung des ÖPNV muss durch hinreichende Mittelzuweisung gewährleistet und durch eine rechtlich gesicherte, kommunale Querverbandsfinanzierung unterstützt werden können. Die Finanzierung von Ausgleichsleistungen für rabattierte Schüler- und Auszubildendenverkehre sowie für Schwerbehindertenfreifahrten muss gesichert werden.

Für Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, damit die Qualität des ÖPNV nicht gefährdet wird. Der ÖPNV muss eine echte Alternative zur Benutzung des Autos sein und nicht auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule die gängigen Vorurteile (u.a. immer zu spät, ständig überfüllt, doppelte Fahrzeit im Vergleich zum Auto) für „Umsteiger“ in kürzester Zeit bestätigen.

Sozialtickets sind ein Weg, Menschen mit geringem Einkommen mehr Mobilität zu verschaffen.

Verkehrsmanagement

Schwerpunkte kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik sind Konzepte der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements. Kein Verkehrsträger kann die vorhersehbaren Steigerungen des Verkehrsaufkommens allein bewältigen. Mobilität lässt sich nur durch enges Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsträger sichern.

Vorbildfunktion

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 15 -

Die Stadt und insbesondere die Stadtwerke sollten bei Neuanschaffungen ihrer PKWs prüfen, ob diese teilweise als Elektroautos betrieben werden könnten. Hierbei ist insbesondere an die Fahrzeuge zu denken, die vornehmlich kurze Wege im Stadtbereich und täglich eher geringe Strecken zurücklegen.

Hierbei ist in Hinblick auf die Nachhaltigkeit darauf zu achten, dass der für das Aufladen der Fahrzeugbatterie benötigte Strom aus regenerativen Energiequellen stammt und möglichst zu Zeiten niedriger Netzauslastung entnommen wird.

Global denken, lokal handeln als Leitsatz für Klima- und Energiepolitik

Die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Energiewende als Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts bekannt und die Notwendigkeit des Wegs in das Solarzeitalter beschrieben.

Auch auf der kommunalen Ebene wollen wir die Treibhausgase reduzieren, erneuerbare Energien fördern und Energie aus fossilen Rohstoffen einsparen. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf Modernisierung bei hocheffizientem Einsatz der Kraft - Wärme - Kopplung.

Der Klimaschutz ist für die Menschheit eine außerordentlich große Herausforderung. Es ist überfällig, endlich zu erkennen, dass Klimaschutz und Umweltschutz nicht nur die Lebensgrundlage für Kinder und Enkelkinder bewahrt, sondern der zentrale Schlüssel für neue Technologien und neue Arbeitsplätze in einer globalisierten Weltwirtschaft sind.

Es ist unsere Aufgabe, den CO₂-Ausstoss jetzt massiv zu vermindern. Der Energiebedarf von Gebäuden kann durch neue Fenster, Wärmedämmung und effizientere Heizungsanlagen erheblich vermindert werden. Energieeinspar-Investitionen sind deshalb ausdrücklich zu fördern, um den Klimaschutz voranzubringen und um Arbeitsplätze gerade im mittelständischen Handwerk zu sichern und zu schaffen.

Hierzu gehört auch eine umfassende und kompetente Beratung der Haus- und Gebäudeeigentümer, für die erkennbar werden muss, dass sich Energieeinspar-Investitionen rentieren. Dies gilt gleichermaßen für die Gebäude der öffentlichen Hand.

Steigerung der Energieeffizienz

Die energetische Sanierung von Gebäuden muss auch aus kommunaler Sicht noch stärker gefordert werden. Dies ist ebenso aus Gründen des Klimaschutzes wie auch angesichts rasant steigender Energiepreise aus sozialen Gründen nötig. Hohe Energiepreise belasten gerade Haushalte mit geringem Einkommen, da dort die Aufwendungen für die Nebenkosten überproportional das Haushaltseinkommen belasten. Durch energieeffiziente Renovierung von öffentlichem Wohnraum würden entsprechend gerade Menschen mit geringem Einkommen profitieren.

Zur Steigerung der Energieeffizienz halten wir den Bau von Blockheizkraftwerken für unerlässlich. Der Einsatz effizienter Technik im Rahmen des gesamten Gebäudemanagements und des Einsatzes von technischem Gerät und energiesparender Fahrzeuge im Rahmen des kommunalen Beschaffungswesens sind unverzichtbare Investitionsfelder kommunaler Energie- und Klimapolitik.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 16 -

Regenerative Energien

Unsere Stadtwerke sollen durch ihre eigene Produktion regenerative Energien fördern, ihren Bezug von Ökostrom steigern und die Energieberatung ausbauen. Auch Stadtplanung und Stadtentwicklung werden sich stärker als bisher den Erfordernissen des Klimaschutzes stellen müssen.

Sozialdemokratische Umweltpolitik muss sich darauf konzentrieren, vorzubeugen und nicht nur zu reparieren. Es bedarf einer vernetzten Umweltpolitik, die alle Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft) gleichzeitig im Blick hat und als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird.

Kommunale Ver- und Entsorgungspolitik

Die Wasser-/Trinkwasserversorgung, die Abfallentsorgung und die Abwasserreinigung müssen in kommunaler Hand bleiben, weil die Kommunen seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner für eine umweltgerechte Ver- und Entsorgung sind. Sie garantieren eine ortsnahe Grundversorgung auf der Grundlage des kommunalabgabenrechtlichen Kostendeckungsprinzips ohne Gewinnstreben.

Kommunalpolitische Ausrichtung erfordert den Grundsatz des Kostendeckungsprinzips und damit eine verträgliche Kosten- und Gebührenentwicklung für die BürgerInnen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen.

Im Bereich der Abfallentsorgung ist durch die getrennte Entsorgung von Restmüll, Altpapier, Klärschlamm, Bioabfall und Elektroaltgeräten ein hohes Maß an Schonung der natürlichen Rohstoffreserven erreicht worden, ohne dass die BürgerInnen eine Mehrbelastung zu tragen haben.

Die Abwasserentsorgung muss in öffentlicher Verantwortung der Kommune bleiben. In den vergangenen Jahrzehnten war diese Trägerschaft der Garant für eine umweltgerechte und kostenorientierte Aufgabenerfüllung.

Die enge Verknüpfung der Abwasserentsorgung mit der kommunalen Bau- und Entwicklungsplanung, aber auch der Hochwasserschutz, erfordern diese Struktur, die kompetente Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bietet.

Luftreinhaltung

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch Feinstaub und Stickoxyde in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden. Umweltzonen sind hierfür eine wirksame Maßnahme.

Neben den Umweltzonen dient auch eine vorsorgende Bauplanung der Verbesserung der Luftqualität, indem beispielsweise Frischluftschneisen in den Innenstädten nicht zugebaut werden.

Auch eine verbesserte Abgasreinigung bei Hausbrandanlagen trägt zu Verbesserung der Luftqualität bei.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 17 -

Lärminderung

Lärm kann Menschen krank machen. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um Lärmbelastungen für die betroffenen BürgerInnen zu senken. Der Bau von Lärmschutzwänden, der Einbau von Lärmschutzfenstern, die Verwendung geräuscharmer Fahrbahnbeläge sind Beispiele, die umgesetzt werden müssen. Bund und Land sind aufgefordert, Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Pläne zur Lärminderung allein lösen das Problem nicht.

Verantwortungsvoller Ressourcenverbrauch

Der Schutz von Natur und Landschaft muss wieder eine verstärkte Rolle spielen. Der dramatische Flächenverbrauch muss gestoppt werden, Biotopverbünde sind auszubauen, Lücken in Grüngürteln zu schließen, Fluss- und Bachläufe zu renaturieren. In den Schutz der Artenvielfalt sind auch die Kommunen eingebunden.

Ein wichtiger Baustein ist die Sanierung und Wiedernutzbarmachung von Altlasten- und Brachflächen, um die weitere Inanspruchnahme „grüner Wiesen“ zu vermeiden. Altlastensanierung und Brachflächen-Recycling sind deshalb aktiver Naturschutz, der weiter verstärkt werden muss.

Gegen die Nutzung von Atomstrom

Kaum ein Konflikt hat unsere Gesellschaft über so lange Zeit derart intensiv beschäftigt wie der Streit um die Stromerzeugung aus Kernenergie. Inzwischen ist der Konflikt um die Kernenergie wieder aufgelebt. Die Debatte um den Klimawandel spielt dabei eine wichtige Rolle. Angesichts dieser Herausforderung stellen die Befürworter der Kernenergie in Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik nunmehr die geordnete Beendigung der Kernenergienutzung wieder in Frage und fordern als ersten Schritt eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke.

Von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studien zeigen dagegen, dass die Reduktionsziele auch ohne ein Mehr an Kernenergie zu vertretbaren Kosten erreichbar sind - und zwar im Wesentlichen durch Steigerung der Energieeffizienz und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Dabei kann unsere Volkswirtschaft die damit verbundenen Kosten nicht nur verkraften, sondern es werden vielfältige Innovationsprozesse in Gang gesetzt mit Vorteilen für Volkswirtschaft und Gesellschaft.

Wir wollen in Gütersloh aktive Beiträge dazu leisten und unterstützen Bürgerinnen und Bürger bei ihren eigenen Anstrengungen. Gleichmaßen wollen wir für vorbildliches Verhalten aller städtischen Einrichtungen und Institutionen sorgen.

E. Zukunft durch Bildung

1. Bildung in der lernenden Gesellschaft

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 18 -

Beste Bildung für alle – in Ganztagschulen

Gütersloh bietet heute bereits ein breitgefächertes Angebot von Schulen im Primar- und Förderbereich sowie auch in den verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe und der gymnasialen Oberstufe. Eltern, Schülerinnen und Schüler haben auf der landesgesetzlichen Grundlage alle Möglichkeiten, die Schulform zu wählen, bei der sich im Einzelfall die besten Fördermöglichkeiten und Chancen für Kinder und Jugendliche mit Blick auf einen angestrebten Abschluss ergeben.

Wir setzen uns für den Erhalt von Grundschulen in den Ortsteilen auch bei rückläufigen Schülerzahlen ein. Wir haben erreicht, dass alle Grundschulen zu offenen Ganztagschulen ausgebaut wurden. Dies ist in unseren Augen jedoch nur ein Zwischenziel. Langfristig streben wir an, dass alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden. Diesen Weg möchten wir im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten durch die Bezirks- und Landesregierung in der nächsten Wahlperiode konsequent weitergehen. Gerade an Gebundenen Ganztagschulen kann eine anregende Lernatmosphäre geschaffen werden. Nur wenn eine möglichst große Zahl an SchülerInnen die Ganztagsangebote wahrnehmen kann, werden durch eine Durchmischung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Kindern muss darüber hinaus Raum und Zeit für Bewegung und eine gesunde Ernährung beim gemeinsamen Mittagessen geboten werden.

Um diese genannten langfristigen Ziele zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass in der kommenden Legislaturperiode alle Schulen der Sekundarstufe zu Ganztagschulen ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen schrittweise Modelle zur Einführung des gebundenen Ganztags an Grundschulen entwickelt und eingeführt werden.

Die SPD in Gütersloh verfolgt das Ziel bis zu einer gesamten Schulstrukturreform in NRW, alle weiterführenden Schulen in Gütersloh zu stärken und zu unterstützen. Junge Menschen sollen nicht durch die Wahl der Schulform bereits in jungen Jahren stigmatisiert werden, sondern in jeder Schule eine individuelle Kompetenz-Förderung bekommen.

Häuser des Lernens und des Lebens und darüber hinaus

Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen, qualitativ hochwertigen und ausgewogenen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird. Hiermit übernimmt die Schule gleichzeitig zu einem gewissen Teil eine Aufgabe in der kulinarischen Erziehung. Durch die Mittagsversorgung übernimmt die Schule einen wichtigen Teil der „kulinarischen Erziehung“ hin zu einem gesunden und bewussten Essverhalten. Die Versorgung hat dabei sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie auch der Zubereitung über regionale Anbieter zu erfolgen.

Wir wollen die wohnungsnahe Vielfalt schulischer Abschlüsse auch bei rückläufigen Schülerzahlen sichern und setzen auf längere gemeinsame Lernzeiten.

Die SPD in Gütersloh steht für das Ziel, langfristig ein vollständig integriertes Schulsystem zu erreichen. Sowohl die Erfahrungen mit den in Gütersloh außerordentlich gut funktionierenden Gesamtschulen, als auch viele moderne Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft geben zu dieser Forderung Anlass. Da diese Regelungen vor allem in den Zuständigkeitsbereich der Landespolitik fallen, können wir in Gütersloh uns nur an diesem langfristigen Ziel orientieren und andere Entscheidungen an diesen

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 19 -

Forderung ausrichten. Dazu gehört auch, dass die weiteren Schulformen der Sekundarstufe (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) in ihrer jetzigen Ausrichtung unterstützt werden, so dass die dort stattfindende hervorragende Arbeit weiterhin garantiert werden kann. Ebenso ist es unverzichtbar zwischen den Schulformen die nötige Balance zu finden, so dass keiner Schülerin und keinem Schüler aufgrund der Schulformwahl Nachteile in der individuellen Förderung und Entwicklung entstehen.

Auch bei den weiterführenden Schulen wollen wir die bisher gemachten positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der offenen Ganztagschule nutzen und evaluieren und das Zusammenspiel der Fachkräfte aus diesen Bereichen mit den Lehrkräften auf gleicher Augenhöhe für Ganztagsangebote nutzen. Das so entstehende gegenseitige Verständnis und die Kontakte sind hilfreich für die individuelle Begleitung der Kinder und Jugendlichen, insbesondere in den kritischen Phasen des Übergangs zwischen den Bildungssystemen oder zwischen Schule und Beruf. Hier kann effektive und engmaschige Begleitung und Unterstützung auf kommunaler Ebene fortgeführt und ausgebaut werden, für die aber eine finanzielle Unterstützung durch das Land unabdingbar ist. In der Organisation der Schulen ist es unser Ziel durch Spezialisten in allen Bereichen, wie zum Beispiel der Verwaltung oder der sozialen Betreuung der Kinder, eine höhere Effizienz herzustellen. Die SPD wird ihren eingeschlagenen Weg in diesem Bereich mit Nachdruck fortsetzen und dafür eintreten, dass weitere Schulen im Bereich der Sekundarstufe I Übergangskoaches erhalten, die den Übergang von der Schule in den Beruf managen.

Neben der Schulentwicklung ist die Kommunalpolitik für Kinderbetreuung, Erwachsenen- und Weiterbildung sowie für Jugendhilfeplanung verantwortlich. Voraussetzung ist eine partnerschaftliche Kooperation mit allen freien und kirchlichen Trägern.

Gleichstellung, Integration und Teilhabe

Um den grundrechtlich fundierten Ansprüchen auf Gleichstellung, Integration und Teilhabe zu entsprechen, muss Barrierefreiheit auch ein durchgehendes Element des Erziehungs- und Bildungswesens werden. Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Regeleinrichtungen des Bildungswesens für Kinder und Jugendliche muss ein festes Kriterium beim Bau und Umbau von Einrichtungen sein.

Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren langjährigen Kooperationen sollen ihre Erfahrungen als Moderatoren und Koordinatoren im gesamten Bildungsbereich einbringen. Volkshochschulen haben nicht nur einen Auftrag im Spektrum der beruflichen Weiterbildung, sondern sollen auch die Grundversorgung mit Angeboten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung sichern.

Sozialdemokratische Politik fußt auf der grundgesetzlich normierten Gleichstellung von Mann und Frau. Sie ist in der Bundesrepublik noch immer nicht hergestellt und auch deshalb weiterhin ein Aufgabenfeld der Kommunalpolitik.

Angefangen von immer noch vorhandenen Defiziten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der ungleichen Einkommensverteilung bis zu Fragen der Gewaltprävention erfordert Kommunalpolitik immer auch noch den besonderen Blick und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung.

2. Kinder und Jugendpolitik in Gütersloh

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 20 -

Betreuung vor Ort

Bei dieser Aufgabe müssen auch die Schulen und Weiterbildungsträger eine aktive Rolle einnehmen. Kenntnisse und Wissen um die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung sowie kommunalpolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen verbessert werden.

Den Kommunen kommt als Schulträger und Träger von Kindertageseinrichtungen dabei eine wichtige Vorbildfunktion zu. Sie sind aber auch gefordert, die Kooperation der freien und kirchlichen Träger von Einrichtungen mit den Schulen zu unterstützen und sicherzustellen.

Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir die Kooperation der Weiterbildungseinrichtungen mit den Schulen stärken. Dabei denken wir an Angebote zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten für SchülerInnen.

Kommunale Kinder- und Jugendhilfe

Die kommunale Kinder- und Jugendhilfe muss dafür sorgen, dass unterstützende Angebote auch tatsächlich arme und benachteiligte Kinder und ihre Familien erreichen.

Dieser Verantwortung wollen wir mit der Bildung und mit sozialer Förderung gerecht werden. Die zukünftigen Bildungslandschaften sind nur durch eine neue Kooperationskultur erreichbar, an der sich Weiterbildungseinrichtungen, Kindergärten, Jugendhilfe, Schulen, Betriebe, Kammern, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Verbände, Hochschulen u. a. beteiligen. Eltern sollen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst früh unterstützt werden. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien und Gesundheitshilfe vorzuhalten. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören neue Angebote der Familienbildung.

Kontakt zu den Familien

Neben Betreuungsangeboten, die den unmittelbaren Kontakt zu den Familien bereits zum Zeitpunkt der Geburt eines Kindes sicherstellen, wollen wir möglichst viele Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. In diesen Einrichtungen sollen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und der Familienbildung sowie der Gesundheitsvorsorge zusammengeführt und sozialräumlich vernetzt werden.

Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern eine Neuausrichtung des pädagogischen Personals. Dabei soll auch künftig ein Mix unterschiedlicher formaler Qualifikationen möglich bleiben. Für die heute in den Einrichtungen tätigen Fachkräfte muss ein qualitativvolles Fort- und Weiterbildungsangebot geschaffen werden. Der Ausbau der Stellen für ErzieherInnen muss entsprechend der bestehenden Gesetzeslage weiter fortgeführt werden.

Kinder- und Familienfreundlichkeit

So sehr wir eine kinderfreundliche Gesellschaft und die Wünsche von Eltern Kinder zu bekommen, durch gute soziale Infrastrukturangebote in den Kommunen unterstützen wollen, dürfen wir die Augen vor Fehlentwicklungen nicht verschließen:

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 21 -

Familien mit Kindern sind in größerem Umfang Armutsrisiken ausgesetzt. Der Ausfall oder die Minderung des Erwerbseinkommens eines Elternteiles können Familien an die Armutsgrenze führen. Kinder sind aber auch selbst arm, weil Eltern ihnen manchmal die notwendigen Mittel der Erziehung nicht bieten bzw. nicht bieten können.

Dazu müssen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie die Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen besonders gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Sach- als auch für die Personalausstattung.

Wir wollen soziale Frühwarnsysteme entwickeln, um Risiken für die Kindererziehung rechtzeitig zu erkennen. Armut wird sichtbar und im täglichen Leben erfahrbar. Öffentliche Sicherheit, Diskriminierung, Integrationsdefizite, kurzum soziale Problemlagen werden in der Kommune konkret.

F. Entwicklung der kommunalen Infrastruktur

Bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltung

Kommunen brauchen eine moderne Verwaltung. Sie ist aber kein Selbstzweck. Neue Steuerungselemente, die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente, die Nutzung moderner Kommunikationstechniken sollen dazu dienen, dass die Kommunalverwaltung ihre Aufgaben bürgernah, dienstleistungsorientiert, aufgabengerecht und kosteneffizient wahrnimmt und für Zukunftsaufgaben gut aufgestellt ist.

Modernisierung der Kommunalverwaltung ist eine ständige Aufgabe, weil sich die Verwaltung immer wieder neuen Aufgaben stellen muss, bisherige Aufgaben in Frage gestellt werden und neue Methoden der Aufgabenerledigung entstehen.

Gute Kommunalverwaltung braucht engagierte MitarbeiterInnen. Nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal in den Verwaltungen kann Kommunalpolitik handeln und die Kommunen gestalten. Auch ist die Stadt darum bemüht, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Allen Beschäftigten müssen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Dem Leistungsprinzip muss mehr Achtung verschafft werden. MitarbeiterInnen müssen auf allen Ebenen der Verwaltung durch gute Weiterbildungsangebote qualifiziert werden. Dabei ist der Qualifizierung von Frauen zur Vorbereitung auf Leitungs- und Führungsaufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

1. Kommunale Entscheidungsfreiheit

Vielfalt und Qualität der Leistungen, die kommunale Unternehmen in den verschiedenen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge erbringen, zeigen, wie wichtig die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ist. Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Sie müssen unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können.

Der grundsätzliche Vorrang der Privatwirtschaft vor der Kommunalwirtschaft ist nicht pragmatisch und stellt nicht die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik.

Stärkung der kommunalen Finanzkraft

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 22 -

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist in hohem Maße von den finanziellen Spielräumen, die vor Ort bestehen, abhängig. Es besteht ein erheblicher Investitionsbedarf in die Infrastruktur.

Die schwarz-gelbe Landesregierung spart auf Kosten der Kommunen. Wesentliche Teile der Landesverwaltung werden kommunalisiert, ohne die Kosten dafür auszugleichen, wie dies am Beispiel der Umweltverwaltung und der Versorgungsverwaltung deutlich geworden ist.

Die Verteilung von Pflichten und Lasten im öffentlichen Bereich bedarf einer Überprüfung. Beispielsweise führt die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter zu höheren Ausgaben vor Ort, für die es keine Kompensation gibt. Im Bereich des Wohngeldes hat zwar die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften abgenommen, aber die Ausgaben für die Bedarfsgemeinschaften sind gestiegen. Hierdurch werden die Kommunen belastet.

Nachhaltig wirkungsorientierte Investitionen

Die kommunale Selbstverwaltung ist in der Verfassung verankert. Schon deshalb darf eine angespannte finanzielle Situation im Land kein Alibi für Untätigkeit sein. Zur kommunalen Finanzverantwortung gehört Ausgabendisziplin. Ziel sozialdemokratischer Finanzpolitik ist es deshalb, finanzielle Mittel verantwortungsvoll einzusetzen und die Lasten für nachfolgende Generationen im Auge zu behalten. Investitionen müssen nachhaltig und konsumtive Aufwendungen effizient und wirkungsorientiert erbracht werden.

Wir wollen trotz enger Spielräume alle Möglichkeiten der Konsolidierung der Finanzen ausschöpfen. Modernes Finanzmanagement muss auch auf der kommunalen Ebene so angelegt sein, dass der Umgang mit Steuergeldern nicht spekulativ erfolgt.

Der Verkauf kommunalen Eigentums und die Veräußerung kommunaler Beteiligungen sind in der Regel zur Konsolidierung nur dann geeignet, wenn auch die Ursachen struktureller Defizite ausgeglichen werden können. Andernfalls besteht neben dem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten und Einfluss die Gefahr weiterer struktureller Verschlechterungen.

Berufliche Entwicklungen

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Perspektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in Gütersloh eine herausragende politische Aufgabe. Gemeinsam mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerkschaften müssen vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als Arbeitgeber und große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Ein Abbau des hohen Investitionsbedarfs in die öffentliche Infrastruktur leistet wirksame Impulse für die regionale Wirtschaft.

Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Kommunale Unternehmen sind große Arbeitgeber und stellen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine starke Kommunalwirtschaft ist weniger Konkurrent als vielmehr Partner der Unternehmen vor

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 23 -

Ort. Örtlich vorhandene Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik.

Kommunale Wirtschaftspolitik darf nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften enden. Die Zusammenarbeit und die Vernetzung in den Regionen stärken den Wirtschaftsstandort.

Die regionale Strukturpolitik und die Förderung von Kooperation und Konsens zwischen Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung.

Gute Arbeit durch Wirtschaftspolitik in der Kommune

Industrie- und große Dienstleistungsunternehmen müssen ihre Verantwortung für die lokale Wirtschaft und den regionalen Arbeitsmarkt wahrnehmen und darin eingebunden werden. Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb, trotz guter Rentabilität und Absatzmärkte, treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.

Arbeit und Umwelt bilden einen Zusammenhang. Hohe Umweltstandards und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik können neue Wachstumsmärkte erschließen. Im Sinne einer aktiven Verbraucherpolitik wollen wir VerbraucherInnen durch Bildung, Information und Beratung als Träger der Nachfrage stärken und damit einen fairen Wettbewerb auf bestehenden und sich neu entwickelnden Märkten ermöglichen.

Wirtschaftsförderung und Gleichstellung

Zu unserem Verständnis von Wirtschaftsförderung gehört die Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb sind besondere Förderberatung und Unterstützungen für Gründerinnen, Förderung von Teilzeitangeboten und z. B. Werbung für Ausbildungsplätze in gewerblich technischen Berufen für junge Frauen nötig.

Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt sich verstärkt für kleine und mittlere Unternehmen und ExistenzgründerInnen ein. Dies geschieht vor allem durch gezielte Gründungsberatung, Bestandspflege und Bestandsentwicklung, Innovationsförderung sowie die Entwicklung von Kooperationen. Leistungen der Verwaltung aus einer Hand sind Beispiel fortschrittlicher Wirtschaftsförderung, die wir unterstützen.

Flächennutzung für Umwelt und Gewerbe

Unsere Bodenvorratspolitik setzt auf modernes Flächenmanagement, das durch An- und Verkauf, Flächenrecycling und Neuerschließung gewerblicher Flächen ein möglichst vielfältiges Angebot für alle Formen der Nachfrage bereithält und ungerechtfertigten Flächenverbrauch stoppt.

Attraktive Standorte brauchen die Nähe zu den Absatzmärkten, gute technische Infrastruktur und qualifizierte Beschäftigte.

Mehr und mehr spielt im regionalen und nationalen Standortwettbewerb das Bildungsangebot, die kulturelle und soziale Infrastruktur, Einkaufsattraktivität und das Sportangebot eine Rolle.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 24 -

Die Zersiedelung immer weiterer Gebiete muss vermieden und Freiflächen für Umwelt und Erholung sollen nicht durch überflüssige Straßenbauprojekte zerstört werden.

2. Verbraucherpolitik

Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe

Die Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die Menschen nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wahr, sie sind auch als Verbraucher immer wieder mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen konfrontiert.

Güter und Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand angeboten werden, Infrastrukturleistungen und die Attraktivität unserer Stadt im Allgemeinen nehmen die Bürgerinnen und Bürger als VerbraucherInnen wahr. Dabei geht es um Umfang und Qualität der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen.

Verbraucherpolitik muss daher auch eine Perspektive sozialdemokratischer Kommunalpolitik sein. Aus kommunaler Sicht ist das Angebot von Beratungsstellen für Verbraucher sinnvoll und notwendig. Wir erwarten vom Land, dass es seine Kürzungen der Verbraucherberatung zurücknimmt und den Bestand der Verbraucherberatungsstellen sichert. Die SPD will die Verbraucherpolitik auch auf der kommunalen Ebene fördern und unterstützen. Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.

Es gehört zum öffentlichen Auftrag der kommunalen Weiterbildungsträger durch Bildung, Information und Beratung das Verbraucherbewusstsein zu fördern. Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

G. Förderung von bürgerschaftliches Engagement in Gütersloh

1. Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune

Bürgerschaftliches Engagement muss gefördert und zum Bestandteil der Kommunalpolitik werden. Die Gesellschaft ist auf die Eigeninitiative der Betroffenen genauso wie auf das vielfältige private Engagement der BürgerInnen angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement mit seinen unterschiedlichen Formen war und ist innovativer Impuls und sozialpolitische Schubkraft für die soziale Arbeit, die gesellschaftliche Entwicklung und damit auch für die freie Wohlfahrtspflege.

Bürgerschaftliches Engagement hat als Beitrag zur Hilfeoptimierung zugleich auch eine wirtschaftliche Bedeutung. Es ist jedoch kein Sparmodell somit kein Ersatz für notwendige hauptamtliche bezahlte Arbeit. Bürgerschaftliches Engagement ersetzt nicht notwendige staatliche Rahmenbedingungen für Eigenhilfe und Selbsthilfe sowie Angebote ergänzender oder ersetzender Hilfen durch hauptamtliche Dienste.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 25 -

Ehrenamtliches Netzwerk

Neben dem besonders wichtigen ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Kirchen, Verbänden und Organisationen wächst die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement auch außerhalb gebundener Organisationsformen.

Die Förderung von Netzwerken ehrenamtlicher Arbeit, ihre gesellschaftliche Anerkennung, die Gründung entsprechender Initiativen, Agenturen oder Hilfen für Bürgerstiftungen machen wir uns zu eigen und werden uns für deren Unterstützung einsetzen.

Wir Sozialdemokraten treten dabei besonders für die Interessen derjenigen ein, die sich in der modernen Zivilgesellschaft nur unzureichend artikulieren können. Diese Unterstützung kann bspw. durch Bürgerbüros und einen guten Bürgerservice erfolgen. Außerdem ist in Gütersloh der Erwerb der Ehrenamtskarte möglich, durch die das Ehrenamt eine deutliche Aufwertung erhalten soll.

Politische Kultur in unserer Stadt

Die politische Kultur in einer Kommune ist Ausdruck der Zufriedenheit, Zustimmung und Auseinandersetzung mit der lokalen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Die Parteien, aber auch andere gesellschaftliche Akteure, sind gefordert die Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Dazu ist ein fairer Umgang untereinander unverzichtbar, um die nötige Glaubwürdigkeit vermitteln zu können.

Wir wollen den Dialog mit den BürgerInnen und das Gespräch zwischen den Generationen und Kulturen. Die SPD orientiert ihre Arbeit vor Ort an den sich wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung. Sie wird sich und die Institutionen des repräsentativen Systems auf kommunaler Ebene für interessierte BürgerInnen öffnen. Dazu werden wir den Dialog mit der Bevölkerung fortsetzen und uns für die Mitwirkung interessierter BürgerInnen in der Kommunalpolitik weiter einsetzen.

Wir wissen um den großen Einsatz vieler ehrenamtlich getragener Vereine und Verbände und ihre soziale, kulturelle und gesellschaftliche Arbeit, die wir auch weiter unterstützen werden.

Kommunikationskultur

Das Wissen über die Kommunalpolitik wollen wir verbreitern und eine gute Kommunikationskultur fördern. Dazu gehört, dass das kommunale Ehrenamt für die Bevölkerung wieder attraktiver wird.

Wer sich für die ehrenamtliche Kommunalpolitik engagiert, der muss die dafür notwendige berufliche Freistellung auch bei flexibilisierten Arbeitszeiten erhalten.

Wir wollen ausländische Bevölkerungsgruppen, Aussiedler und Eingebürgerte in die bestehenden repräsentativen Strukturen stärker einbinden, sie integrieren und ihnen damit die Möglichkeit bieten, sich politisch zu betätigen.

2. Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 26 -

Frauenpolitik vor Ort

Sozialdemokratische Politik fußt auf der grundgesetzlich normierten Gleichberechtigung von Frau und Mann. Sie ist in der Bundesrepublik noch immer nicht hergestellt und auch deshalb weiterhin ein Aufgabenfeld der Kommunalpolitik. Die Veränderung der immer noch stark an Männern ausgerichteten gesellschaftlichen Strukturen ist Ziel sozialdemokratischer Frauenpolitik.

Angefangen bei immer noch vorhandenen Defiziten bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, über die ungleiche Einkommensverteilung bis hin zu Fragen der Gewaltprävention erfordert Kommunalpolitik weiterhin Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung.

Dabei sind insbesondere der Wandel von Lebensformen und –situationen von Frauen, ihre Lebensentwürfe, Interessen und Sichtweisen sowie ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Beteiligung stärken

Die Frage der gleichen Teilhabechancen von Frauen und Männern im kommunalpolitischen Geschehen ist ein wichtiger Bestandteil bürgernahe Politik. Auf die Ideen und das Engagement von Frauen kann und darf unsere Stadt nicht verzichten.

SozialdemokratInnen setzen sich dafür ein, dass Frauen die Möglichkeit haben, in politischen Ämtern aktiv zu sein. Dies ist durch eine Quotenregelung sichergestellt.

Für die Gütersloher SPD kandidieren bei der anstehenden Kommunalwahl erneut wieder viele Frauen, allen voran Maria Unger als unsere Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin.

Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe

Chancengleichheit für Frauen ist dabei nicht auf einzelne Politik- oder Lebensbereiche begrenzt, sondern vielfältig zu berücksichtigen.

Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass

- bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten in Kindergärten und Schulen bestehen,
- ausreichend Hortplätze zur Verfügung stehen,
- flexible Öffnungszeiten der Kindergärten bis in die Abendstunden angeboten werden,
- zumindest das erste Kindergartenjahr kostenfrei in Anspruch genommen werden kann,
- die Arbeit der Frauenbeauftragten der Stadt Gütersloh unterstützt und gesichert wird,
- unterschiedliche Betroffenheiten und Perspektiven der Geschlechter gleichberechtigt in alle städtische Entscheidungsprozesse eingebracht werden (Gender-Mainstreaming); insbesondere dadurch, dass durch eine gleichberechtigte Besetzung der Entscheidungsgremien auch Frauen ihre Erfahrungen einbringen können und die Gleichberechtigung der Geschlechter alltägliche Praxis wird,
- Hilfeeinrichtungen für Frauen und Kinder/Jugendliche (pro familia, Frauenhaus) und andere Frauenprojekte unterstützt und die städtischen Angebote erhalten bleiben,
- bei entsprechenden Baumaßnahmen Frauenbelange berücksichtigt werden, wie z.B. Frauenparkplätze und Eltern-Kind-Parkplätze.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 27 -

3. Weltoffenheit und Toleranz

Einwanderern Chancen geben

Seit Ende der 60er Jahre entwickelte sich Westdeutschland auf Grund des hohen Arbeitskräftebedarfs zu einem Einwanderungsland. Obwohl dies einige immer noch nicht zur Kenntnis nehmen, haben viele der ehemaligen Gastarbeiter bei uns ihre neue Heimat gefunden. Sie haben geheiratet und Familien gegründet. Sie haben gebaut oder sich sogar selbständig gemacht. Dazu kamen die, vor Jahrhunderten ausgesiedelten, Deutschen aus den osteuropäischen Staaten sowie die Verfolgten aus dem orientalischen Raum zu uns. Sie alle haben mit dem Zuzug weiterer Familienangehöriger dafür gesorgt, dass in Deutschland nach dem Krieg und der Vertreibung eine weitere intensive Zuwanderung erfolgte.

Da diese Menschen vor Ort leben, muss sich gerade kommunale Politik mit den vielfältigen Facetten der Integrationspolitik auseinandersetzen. Von der Geburt bis hin zum hohen Alter müssen Bedingungen geschaffen werden, die das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund erleichtern. Dabei stieg die Ausländerquote (Menschen ohne deutschen Pass) zum 31.12.07: von 9,25 % auf derzeit ca. 9,27 % leicht an. Besonders stark hat sich die Zahl der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund (Aramäer, Spätaussiedler und Türken) entwickelt. Aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit fallen diese MitbürgerInnen aus der Ausländer-Statistik, obwohl bei ihnen oftmals die gleichen Probleme z. B. in den Bereichen Sprache, Schule, Ausbildung oder Arbeitsleben bestehen. Nach Schätzungen beträgt die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung und ist somit doppelt so hoch, wie es die offizielle Statistik vermuten ließe.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und damit im eigenen Interesse müssen wir die jungen Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend qualifizieren. Nur so können wir die Zukunft unseres Landes sicherstellen.

Die Gütersloher SPD setzt ihren seit Jahrzehnten eingeschlagenen Weg fort und wird wieder einen Mitbürger mit Migrationshintergrund einen sicheren Platz auf der Fraktionsliste überlassen.

Außerdem werden wir mehr MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund an der kommunalpolitischen Arbeit und in den Ratsausschüssen beteiligen.

Wir wollen die städtische Integrations-Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund ausbauen.

Wir werden die Kontakte zu und auch zwischen den ausländischen Kulturvereinen, Institutionen und Selbsthilfeorganisationen ausbauen. Im Sinne eines interkulturellen Dialogs sind auch Verknüpfungen mit anderen Vereinen sinnvoll.

Wir werden dafür sorgen, dass ihnen preiswerte Tagungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Wir werden die Sprachangebote in der Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern ausbauen und vor Ort in den Grundschulen Kurse für die Eltern von Migrationskindern durchführen.

In den Kindertagesstätten, in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen wird die Förderung der deutschen Sprache für Kinder mit Migrationshintergrund zur Pflichtaufgabe. Wir wollen, dass auch die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts wieder einen wichtigen Stellenwert erhält.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 28 -

In den Gütersloher Schulen wird künftig der qualifizierte Abschluss am Ende der schulischen Erstausbildung stehen. Dafür sind entsprechende Fördermöglichkeiten zu schaffen.

Wir werden ein Informationsbüro unter dem Integrationsbeauftragten einrichten, um gemeinsam mit den Kammern, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Fachinstitutionen die Chancen für eine Ausbildung und den Berufseinstieg junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Wir erwarten, dass die offene Jugendarbeit ausgebaut und durch örtliche, auch migrationspolitische Angebote und Projekte ergänzt wird. Es ist notwendig, mehr junge Menschen als bisher aktiv an die Politik und an das bürgerschaftliche Engagement heranzuführen.

Wir werden die Integrationsmaßnahmen der Weiterbildungsträger und der Wohlfahrtsverbände mit entsprechenden Fördermaßnahmen aktiv unterstützen.

Wir erwarten, dass künftig die Stadtplanung die Belange der Menschen mit Migrationshintergrund stärker in den Blickpunkt nimmt und u.a. Wohnquartiere schafft, die eine Gettoisierung vermeidet und durch offene Angebote das Zusammenleben erleichtert.

In der kommunalen Verwaltung muss der Wissensprozess im Bereich der kulturellen Bildung und Erziehung forciert werden. Dabei erwarten wir, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung chancengleich entsprechende Ausbildungs-, Einstellungs- und Beförderungschancen bekommen.

Die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen der Verwaltung, der Schulen und der Tageseinrichtungen für Kinder ist uns ein besonderes Anliegen und soll durch entsprechende Schulungen erhöht werden.

Weltoffenheit und Toleranz

Wir wenden uns entschieden gegen alle Formen von Ausländerfeindlichkeit und treten dem Rechtsradikalismus offensiv entgegen.

Erfolgreiche Städte und Gemeinden zeichnen sich durch Weltoffenheit und Toleranz aus. Zuwanderer tragen auch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Kommune bei. Wir brauchen auf der kommunalen Ebene die gemeinsame Definition von Zielen der Integrationspolitik und die gemeinsame Entwicklung von Handlungsschritten auf dem Weg dorthin.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird weiter wachsen. Die damit verbundene Vielfalt ist eine Bereicherung des städtischen Lebens, für die offensiv geworben werden muss. Gleichwohl sind mit einer steigenden Anzahl von Migranten, dessen sind wir uns bewusst, auch Herausforderungen wie bspw. verstärkte Integrationsanstrengungen verbunden. Oft empfindet gerade die ältere deutsche Wohnbevölkerung die Konfrontation mit fremden Kulturen und Sprachen eher als Bedrohung und nicht als Bereicherung.

Kommunalpolitik muss fachübergreifende Integrationskonzepte entwickeln, bei denen das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure, der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, der ehrenamtlichen Organisationen, der Verbraucherverbände, der örtlichen Wirtschaft, der Bildungsträger etc. moderiert und koordiniert wird.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 29 -

Integration durch Beteiligung

Einer der Bausteine guter Integrationspolitik besteht in besseren Beteiligungsmöglichkeiten von Migranten an der Stadtpolitik. Wir wollen eine kommunale Integrationspolitik, die Voraussetzungen für gesellschaftliches Miteinander und die Akzeptanz im Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ermöglicht.

Dies erfordert eine Definition von Zielen der Integrationspolitik in der Kommune, deren Einhaltung abgesichert wird und von beiden Seiten gleichermaßen mit Verbindlichkeit verfolgt wird, z.B. Erhöhung der Abiturientenquote, der abgeschlossenen Ausbildungsverträge etc.

Integrationserfolge und -misserfolge werden in der Kommune sichtbar. Dementsprechend muss die Kommunalpolitik diese Herausforderung annehmen und einen wichtigen Beitrag leisten, damit Integration gelingen kann.

Übernahme von Verantwortung

Für SozialdemokratInnen ist es selbstverständlich, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Formen zu bekämpfen. Wir erwarten allerdings von EinwandererInnen, dass sie sich auch aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben beteiligen und ihren Beitrag zur Integration leisten.

MigrantInnen müssen nicht nur in ihrem direkten Lebensumfeld, sondern in der Kommune Verantwortung übernehmen können und übernehmen wollen – sei es in Politik und Verwaltung oder im Ehrenamt. Integration funktioniert nicht automatisch, wie viele lange gehofft und geglaubt haben.

Einer der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Voraussetzung für Integration ist die Sprachförderung. Insgesamt ist es wichtig, dass sich die städtischen Angebote im sozialen, kulturellen, sportlichen oder gesundheitlichen Bereich auf die gezielte Integration von MigrantInnen ausrichten.

4. Kommune als Kulturraum

Die Kommune wird auch wesentlich durch ihr kulturelles Profil geprägt. Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges kulturelles Angebot ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität einer Stadt und fördert die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Kulturelle Aktivitäten und Investitionen in kulturelle Infrastruktur tragen wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile bei. Den gleichberechtigten Zugang zu Kultur und zur kulturellen Bildung zu gewährleisten, ist Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik. „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ gehören zu unserem Verständnis kommunaler Kulturpolitik.

Bedeutung der Kultur

Seit Jahren wächst die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur. Die Kulturwirtschaft muss in die Ziele kommunaler Kulturpolitik einbezogen werden. Das Kulturangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Imagebildung der Stadt und stellt damit auch eine Verknüpfung zum Tourismus her.

Dazu gilt es nachhaltige Kulturprojekte umzusetzen, die den Strukturwandel voranbringen und der Integration der Menschen dienen, um so auch Modell für weitere Regionen sein zu können.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 30 -

Die regionale Kulturpolitik, die wir weiterhin unterstützen, kann die Zusammenarbeit der Kulturschaffenden fördern und der Region neue kulturelle Impulse geben. Kommunale Kulturpolitik kann auch einen wesentlichen Beitrag für eine gelingende Integrationspolitik leisten. Gerade kulturelle Angebote erhöhen das Verständnis für Menschen unterschiedlicher Herkunft, fördern Kommunikation und bilden Vertrauen.

Auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen muss Kommunalpolitik daher auch kulturpolitisch reagieren. Gleichzeitig hat die Kultur einen Eigenwert als Ausdruck künstlerischer Gestaltung und Sinnggebung für das Individuum.

Kulturelle Angebote für alle

Kulturangebote bieten Räume zum aktivem Erleben von Kunst in all ihren Formen, zum gemeinsamen kreativen Schaffen, zu direkter Kommunikation frei von ökonomischen Zwängen.

Kulturelle Angebote sollen den BürgerInnen im Übrigen barrierefrei zur Verfügung stehen.

Die Sicherung eines umfassenden und vielfältigen Kulturangebotes ist eine öffentliche Aufgabe. Kommerzielle Angebote sind notwendig und häufig von guter Qualität. Sie ersetzen den öffentlichen Auftrag jedoch nicht.

Kulturelle Bildung

Zur kulturellen Bildung gehört nach unserem Verständnis ein Theater in Gütersloh. Der Neubau wird ein Theater für alle BürgerInnen. Das neue Theater ist ein Bestandteil zur Sicherung der kulturellen Bildung für unsere Kinder. Kulturelle Bildung ist integraler Bestandteil der Allgemeinbildung. Bildung und Kultur gehören zusammen. Dieses Zusammenwirken muss vor Ort organisiert werden. Deshalb muss die Zusammenarbeit von Kulturschaffenden und -verantwortlichen mit Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Bibliotheken, aber auch in der Erwachsenenbildung unterstützt werden.

Kulturpolitische Konzepte

Wir setzen uns insbesondere zum Ziel, bildungsferne Schichten zu erreichen. Dies verbessert nicht nur die Möglichkeiten zur Teilhabe an kulturellen Angeboten, es sichert auch die Akzeptanz der Kulturinstitutionen.

Die Ausdehnung der Medienwelt eröffnet neue Chancen kultureller Betätigung, die wir fördern wollen. Gleichzeitig stellt die Explosion des Informationsaustausches durch die elektronischen Kommunikationstechnologien eine außerordentliche Herausforderung für die kommunale Kulturpolitik dar.

Die Medienwelt birgt gleichzeitig auch Gefahren. Einer Gesellschaft mit unterschiedlichem Zugang zu Information und Wissen kann kommunale Kulturpolitik entgegenwirken.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird den Tendenzen zu Isolation und Desintegration durch eigene kulturpolitische Konzepte entgegenwirken. Wir wollen die kommunale Weiterbildungslandschaft so gestalten, dass sie für Menschen nach der Erstausbildung Chancen für eine lebensbegleitende Qualifikation und Bildung bietet.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 31 -

Kultur ist nicht das Sahnehäubchen, auf das ohne den Verlust an Lebensqualität verzichtet werden könnte. Kultur ist ein wichtiges Lebens- und Überlebensmittel für den Alltag und den Festtag. Kultur ist für das Leben und Überleben wichtig wie das Schwarzbrot in der täglichen Nahrung.

- Sie bietet Freude und Begeisterung beim Genuss überragender Leistungen von SchauspielerInnen und MusikerInnen auf der Bühne.
- Sie bietet Entspannung vom Alltag, entführt in Traumwelten und öffnet neue und ungewohnte Zugänge zu Grundfragen menschlicher Existenz und gesellschaftlicher Realität.
- Sie bietet einen Ort der Kommunikation mit dem Gesehenen und Gehörten und mit den anderen BesucherInnen.

Darum steht die SPD dazu: Kultur ist und bleibt eine zentrale öffentliche Aufgabe. Dazu gehört eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Theaters der Stadt für ein attraktives Schauspiel-, Oper-, Ballett- und Musikprogramm ebenso wie die weitere Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Aktivitäten von freien Trägern und Vereinen. In vielen Bereichen leisten diese wichtige Arbeit, von Veranstaltungen, die sich als feste Bestandteile des kulturellen Lebens etabliert haben bis zu Angeboten für eigene kulturelle Aktivitäten für Jung und Alt.

Kulturraum Gütersloh

Gütersloh hat kulturell etwas zu bieten. Das breite Angebot wird dem Anspruch, Kultur für alle zu bieten, seit langem gerecht. Wichtige Weichenstellungen der vergangenen Jahre haben den Weg dafür frei gemacht, die Attraktivität noch weiter zu steigern.

- Neben der Stadthalle wächst das neue Theater aus dem Boden. Bei den Theaterfreunden herrscht Vorfreude auf die Aufführungen im neuen Haus – von der großen Oper bis zur Schultheaterwoche.
- Das neue Programmkonzept für das Theater ist eine hervorragende Basis dafür, dass das neue Haus mit Angeboten für unterschiedliche kulturelle Interessen ein Haus für alle GütersloherInnen sein wird.
- Mit den neuen Formaten des Kulturspielfestes „Dunnerlüttken“ und dem Straßentheaterfest „Platzwechsel“, die die bewährte „langenachtderkust“ ergänzen, ist es gelungen, Kultur und Kunst aus dem scheinbaren Elfenbeinturm auf die Straße zu holen und neue Schichten anzusprechen.
- Stadtbibliothek, Volkshochschule, Musikschule, Stadtmuseum und Stadtarchiv leisten einen bedeutenden Beitrag zur kulturellen Bildung in Gütersloh und regen mit ihren spezifischen Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart an und erschließen neue kulturelle Zugänge.
- Die Angebote freier Träger – vom Kunstverein für den Kreis Gütersloh mit seinen Ausstellungen über die Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz mit der Woche der kleinen Künste bis zur Weiberei mit ihrem Angebot von Kultur, Bildung und Freizeit – bieten für das kulturelle Leben unserer Stadt kreative und überraschende Denkanstöße.

Unsere Eckpunkte für die kommenden vier Jahre sind:

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 32 -

- Nach der Eröffnung des neuen Theaters wünschen wir uns eine starke Akzentuierung auf Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene – vom Theater der Stadt in enger Kooperation mit dem Jugendkulturring.
- Wir streben die Verwirklichung von Kulturangeboten an, die dem Alltag von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gerecht werden. Dazu gehört die Anerkennung von unterschiedlichen Herkünften und Zugängen als Chance für die Entwicklung des kulturellen Lebens in Gütersloh.
- Die neue Musik ist seit zwei Jahrzehnten ein starkes Merkmal des Gütersloher Kulturlebens. Dieses gilt es fortzuführen und unter den verbesserten Bedingungen im neuen Theater auszubauen.
- Ebenso müssen für eine Fortsetzung der renommierten Jazzreihe, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung findet, die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.
- Schließlich ist gemeinsam mit dem Kunstverein für den Kreis Gütersloh ein Konzept zu entwickeln, wie für die bildende Kunst ein dauerhafter und angemessener Ort gefunden werden kann.

Sport in der Kommune

Der Sport spielt in den Kommunen mit seiner Vielfalt und seinen zahlreichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine zentrale Rolle; er ist gewichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sport ist Teil der integrierten Stadtentwicklungspolitik und somit Teil der Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik.

Aus diesen Schnittmengen können sich zahlreiche kooperative, wechselseitig gewinnbringende Initiativen entwickeln. Dabei verlangt der demografische Wandel vom Sport neue Konzepte lebensbegleitenden Sporttreibens.

Sport ist für die meisten Menschen Freizeitgestaltung. Er trägt zum Erhalt der eigenen Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung, Selbsterfahrung und -bestimmung.

Soziale und gesellschaftliche Funktion

Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr. Ethnische, soziale und demografische Unterschiede sind selten so gut zu überwinden wie im Sport. Er hat eine dauerhafte integrative Wirkung.

Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Bereits im Kindergarten müssen die Weichen gestellt werden, um die motorischen Fähigkeiten zu fördern und einen gesunden Lebensstil von Anfang an zu unterstützen. Danach bieten Ganztagsangebote eine Chance, dass möglichst jedes Kind und jeder Jugendliche seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten entdecken, erfahren und verwirklichen kann.

Im Sport engagieren sich seit langem BürgerInnen ehrenamtlich für die Gesellschaft. Diese zentrale Ressource der Sportvereine verlangt eine zeitgemäße Ehrenamtsförderung. Durch Kooperation zwischen den Vereinen und der Kommune können vorhandene Strukturen zusätzlich gestärkt werden.

Stadtverband Gütersloh

Wahlprogramm 2009

- 33 -

Wurzeln sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln ganz besonders in der Kommunalpolitik. Unser politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei, gründen in unserer Arbeit in der Kommune.

Als sich die SozialdemokratInnen vor 100 Jahren in Gütersloh zusammengefunden haben, ging es ihnen um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes.

Daran haben wir – auch unter den veränderten Bedingungen des zurückliegenden Jahrhunderts – stets festgehalten.

Unsere Aufgabe ist es auch weiterhin, unsere Lebensgrundlagen zu sichern und unseren Lebensraum für alle Menschen zu gestalten. In dieser Absicht laden wir die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich mit uns auszutauschen und gemeinsam mit uns unser tägliches Lebensumfeld in Gütersloh zu gestalten.